byboom und Geburtenrückgang ermöglicht wird. Diese Kontrastierung birgt nicht zuletzt aufgrund der vom Babyboom-Phänomen nicht betroffenen osteuropäischen Länder und Japans Erkenntnispotenzial. Auch erscheint eine nach mehreren abhängigen Variablen wie Paritäten und Kohorte differenzierte Analyse vielversprechend. Nicht zuletzt die Residuendiagnostik hat interessante Abweichungen auch innerhalb von Länderfamilien aufgezeigt, hier könnten Fallstudien mit entsprechend tieferer Differenzierung eine sinnvolle Ergänzung bieten. Hiermit sind nur einige zentrale Aspekte des hier identifizierten Forschungsdesiderats skizziert.

Das von Schmidt (u. a. 1982, 1998, 2001a, 2001b) im Bereich der Staatstätigkeitsforschung geprägte Vorgehen, einzelne Komponenten eines breiten Theoriespektrums zusammenzuführen und deren Erklärungskraft anhand quantitativer Methoden gegeneinander abzuwägen, hat sich auch bei dieser Untersuchung als probates Vorgehen erwiesen. Auch die Verwendung der einjährigen Verzögerungsstufe hat sich bewährt. Darüber hinaus lässt sich der Zweite Geburtenrückgang in den Kontext einer sozialwissenschaftlichen Konzeptionalisierung von Postmoderne einbetten.

Durch die breite Variablenauswahl wurden viele bisher gar nicht oder nur selten analysierte Variablen systematisch untersucht. Manche erweisen sich dabei als insignifikant wie der Gini-Index oder die langfristige Parteienprägung, andere zeigen hochinteressante Zusammenhänge mit der Geburtenrate auf. Dies gilt insbesondere für die Überbevölkerungsthese, den Minderheitendummy, das pronatalistische Politikerbe und die beiden institutionellen Faktoren Frauenwahlrecht und Freedom-House-Index. Die letztgenannten drei sind klassische politikwissenschaftliche Variablen: Dies unterstreicht zusammen mit der Vielzahl familienpolitischer Determinanten die Notwendigkeit einer Einbeziehung dieses Blickwinkels. Neben technisch-medizinischen, demografischen und psychologischen Variablen hat sich die Kombination von politischen, soziologischen und ökonomischen Determinanten als wertvoll erwiesen. Jeder dieser fachdisziplinären Blickwinkel erscheint unentbehrlich für eine fundierte Analyse dieses hochkomplexen Gegenstands. Dies spricht für eine klare interdisziplinäre Ausrichtung in der Zukunft. Vor dem Hintergrund der nicht nur in Deutschland sichtbaren familienpolitischen Entwicklungen lässt sich für die Zukunft ein erheblicher und spannender Forschungsbedarf attestieren.

9.4 Politikberatung und Ausblick

Basierend auf breiter empirischer Evidenz und theoretischen Überlegungen ist die Frage der Wirksamkeit familienpolitischer Maßnahmen positiv beantwortet und sind zentrale Wirkmechanismen identifiziert worden. Jedoch sind auch

https://doi.org/10.5771/9783845231211-408 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Grenzen der Wirksamkeit, Timelags zwischen Maßnahme und Effekt sowie der indirekte Charakter der Wirksamkeit (da die erwarteten Konsequenzen für Verhaltensänderungen entscheidend sind) aufgezeigt worden, zudem bedeutende intervenierende Variablen institutioneller und kultureller Art. Während hier die Familienpolitik primär hinsichtlich ihrer demografischen Effekte beleuchtet worden ist, weisen umgekehrt niedrige Geburtenraten auf familienpolitische Defizite und fundamentale Konfliktlagen in den jungen Generationen hin. Der anhand des Mikromodells gezeigte Vereinbarkeitskonflikt bedarf nicht nur einer familienpolitischen, sondern einer breiten sozialpolitischen und gesellschaftlichen Akkomodation, die die Grundstrukturen der Lebensläufe transformiert. Die Richtung hat der Siebte Familienbericht mit dem Begriffspaar „Flexibilität und Verlässlichkeit" (Deutscher Bundestag 2006a) treffend formuliert. Insofern sei nochmals betont, dass der Geburtenrückgang nur eine zusätzliche Legitimation für Familienpolitik impliziert, schlussendlich sollte sich Familienpolitik am übergeordneten Ziel des Wohlbefindens für Eltern und Kinder orientieren.

Die Implikationen dieser Untersuchung für die Politikberatung beinhalten die Dringlichkeit einer familienpolitischen Expansion aus demografischen und aus sozialpolitischen Motiven, verdeutlichen die Chancen einer komplementären Zielstruktur und bestärken die Verwendung des Begriffs „nachhaltige Familienpolitik". Empfohlen wird eine bessere Koordinierung der unterschiedlichen die Familienpolitik beeinflussenden Ebenen, die Vergegenwärtigung heterogener Präferenzen hinsichtlich Kinderzahl und Lebensentwurf, verstärkte Maßnahmen für Alleinerziehende und Mehrkindfamilien sowie die Berücksichtigung der jeweiligen unterschiedlichen ökonomischen und kulturellen Kontexte in den OECD-Staaten. Drei Empfehlungen sind für Deutschland besonders bedeutsam: (1) Eine umfassende Lebenslaufpolitik zur Entzerrung der Rushhour des Lebens, die die Idee des Elterngelds und des Siebten Familienberichts fortschreibt und Erwerbs- und Bildungsbiografien mit der Familienbiografie besser in Einklang bringt – dies beinhaltet erhebliche Implikationen für (Weiter-)Bildung, Arbeitsmarkt und Sozialversicherungen. (2) Die Kombination eines zügigen Ausbaus der Kleinkindbetreuung mit flächendeckenden Ganztagskindergärten und -schulen, wobei dieser Ausbau nicht zulasten der Qualität erfolgen und auch Ferienzeiten berücksichtigen sollte. (3) Eine Neujustierung der finanziellen Instrumente, bei der das Kindergeld insbesondere ab dem dritten Kind massiv ausgebaut wird, das Ehegattensplitting in zielgenauere Splittingsysteme zugunsten von Kindern überführt wird und hinsichtlich Betreuungsleistungen Gerechtigkeitsaspekte ohne bildungspolitische Fehlanreize – beispielsweise durch zusätzliche Rentenanwartschaften – verfolgt werden.

Die gegenwärtigen familienpolitischen Veränderungen in vielen OECD-Ländern bergen ein erhebliches Forschungsfeld für Politikwissenschaftler für die kommenden Jahre, was sowohl die Policy-Analyse, als auch die Auswirkungen

https://doi.org/10.5771/9783845231211-408 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

auf die Geburtenraten beinhaltet. Zukünftig könnten infolge der Expansion familienpolitischer Maßnahmen und Verbesserungen der Datenlage empirische Analysen möglich sein, die die Kenntnisse über den Effekt einzelner Instrumente und deren Interaktionen verfeinern sowie die Wirksamkeitsthese ausdifferenzieren und auf fundiertere Basis stellen als gegenwärtig.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind auch hinsichtlich der Einschätzung zukünftiger Entwicklungen relevant. Da mehrere Schwellenländer die im Erklärungsansatz beschriebenen Voraussetzungen des Zweiten Geburtenrückgangs zunehmend erfüllen, ist hier ein TFR-Rückgang unter die Stationaritätsschwelle zu erwarten. Spannend ist dabei die Frage, inwieweit auch dort die hier identifizierten Schub- und Bremskräfte wirken oder ob der Erklärungsansatz um weitere Faktoren zu erweitern bzw. auszudifferenzieren ist.

Trotz des kontinuierlichen Altersanstiegs des Medianwählers, des begrenzten Haushaltsspielraums und der Diskrepanz zwischen demografischer Trägheit und dem durch Wahlperioden geprägten politischen Zeithorizont stehen die Chancen nicht schlecht, dass die Familienpolitik in Deutschland, aber auch in anderen OECD-Ländern in den nächsten Jahren expandieren wird. Dieser Optimismus ist in der komplementären Zielstruktur von sozial-, bildungs-, arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitischen sowie demografischen Zielen begründet. Die Bedeutung dieses Politikfeldes für die Zukunftsfähigkeit eines Landes wird zunehmend wahrgenommen, allerdings gibt es erhebliche Ausgabenkonkurrenz in den durch die Folgen der Finanzkrise 2008 zusätzlich belasteten öffentlichen Haushalten.

Bei einigen LFC gibt es Anzeichen für eine mittel- bzw. langfristige Erholung der Geburtenraten, wenn man die Befunde dieser Studie extrapoliert. Für Deutschland ist auf dieser Basis angesichts des Ausbaus der Kinderbetreuung zu erwarten, dass, wenn dieser fortgesetzt und Brüche in der Betreuungsinfrastruktur beseitigt werden, die seit 1975 nunmehr über drei Jahrzehnte unter 1,5 liegende TFR im Laufe der nächsten zwei Jahrzehnte diesen Wert wieder deutlich übersteigen wird. Argumente für einen Anstieg der TFR in einigen LFC-Staaten sind der Ausbau der Familienpolitik, der nachlassende Tempoeffekt und eine in Richtung Homöostase weisende Normentendenz (vgl. Bongaarts 2002, Lutz 2006, van de Kaa 1999:33). Argumente für eine fallende TFR sind, dass trotz einer gewissen Bodenbildung der Abwärtstrend der TFR in vielen Ländern noch nicht abgeschlossen ist, Anpassungsdefizite der Familienpolitik, Divergenzen hinsichtlich des Kinderwunschs, ökonomische Probleme wie beispielsweise infolge der aktuellen Finanzkrise und damit verbundene Arbeitslosigkeit. Derartige Prognosen bergen immense Unsicherheit und insbesondere der letzte Punkt übersteigt das, was vor dem Hintergrund dieser Untersuchung plausibel gesagt werden kann.

Eine elementare Zukunftsfrage ist, inwieweit sich die familienpolitischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen in den LFC Südeuro-

https://doi.org/10.5771/9783845231211-408 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

pas, Osteuropas, Ostasiens und den deutschsprachigen Länder für Familien und potenzielle Eltern verbessern. Wenn dies nachhaltig geschieht, ist aufgrund der hier gezeigten Befunde langfristig ein substanzieller Anstieg der Geburtenraten denkbar. Da der demografische Problemdruck in diesen Ländern enorm ist und der internationale Ländervergleich alternative Wege aufzeigt – hier zeigt sich die Relevanz dieser Untersuchung für die Politikberatung –, ist auch ein Konvergenzprozess von Familienpolitik und Fertilität innerhalb der nächsten Jahrzehnte denkbar (vgl. United Nations 2004, 2005, 2007b, 2007c). Allerdings ist die negative Wirkungskraft von Determinanten ökonomischer Art wie Jugendarbeitslosigkeit und gesellschaftlich-kultureller Art wie pronatalistisches Missbrauchserbe und institutionelle sowie religiöse Verankerung patriarchalischer Normen langfristig und immens. Insofern ist auch eine Verfestigung der gegenwärtigen Länderunterschiede mit dauerhaftem LFC-Status für die Hälfte der OECD-Staaten denkbar. Sollte sich über einen langen Zeithorizont hinweg das erste Szenario mit einer erreichten Konvergenz der Fertilitätsraten realisieren, könnte dann – vielleicht Mitte des 21. Jahrhunderts – der Zweite Geburtenrückgang als zeitweilige Geburtenbeschränkung interpretiert werden, deren Intensität und Länge durch den Timelag eines Landes zwischen Diffusion und Akkomodation modifiziert ist. Dann würde der Zweite wie der Erste Geburtenrückgang in einem demografischen Gleichgewicht münden, jedoch mit einer konträren Bevölkerungsentwicklung zwischen den Gleichgewichten: Der Erste Geburtenrückgang weist innerhalb der demografischen Transition hohe NRZ und Bevölkerungswachstum auf, während der Zweite mit niedrigen NRZ und Bevölkerungsrückgang verbunden ist. Ob eines dieser beiden Szenarien, oder eine Mischform, die zukünftige demografische Entwicklung prägen wird, bleibt abzuwarten; für empirische Forschung und Theorieentwicklung bleibt das Phänomen enorm spannend. Auf jeden Fall aber bietet die Analyse des Zweiten Geburtenrückgangs die Chance, Konfliktlagen und Bedürfnisse von Familien, aber auch der jüngeren Generation insgesamt, aufzudecken und dabei weitreichende sozial- bzw. familienpolitische Verbesserungspotenziale zu identifizieren.

https://doi.org/10.5771/9783845231211-408 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845231211-408 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY